

NIEDERSCHRIFT

22. Sitzung (VIII. Wahlperiode)
Rat der Stadt Korschenbroich

Sitzungsdatum:

Donnerstag, 27.09.2012

Beginn:

18:00 Uhr

Sitzungsort:

**Haus Schellen,
41352 Korschenbroich-Pesch**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Perspektivische Entwicklung der weiterführenden Schulen VIII/611.4
Errichtung einer Sekundarschule in der Stadt Korschenbroich zum SJ 2013/14
4. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 11.09.2012 auf Erlass einer VIII/693
haushaltswirtschaftlichen Sperre gem. § 81 Abs. 4 GO NRW und
Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag
5. Entwurf der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt VIII/672.1
Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2012 – Einbringung im Wege
der Dringlichkeitsentscheidung gem.
§ 60 Abs. 1 GO NRW
hier: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung
6. Beschlussfassung über die 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssat- VIII/673.1
zung der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2012 mit Haus-
haltsplan und Anlagen einschließlich dem Haushaltssanierungsplan
7. Finanzierung zur vorzeitigen Beschaffung einer gebrauchten Kraft- VIII/677.1
fahrdrehleiter DLK 23/12 für die Freiwillige Feuerwehr

- | | | |
|-----|--|------------|
| 8. | Aufhebung der Haushaltssperre für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Glehn | VIII/671 |
| 9. | Bestellung eines Wehrführers für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Korschenbroich | VIII/689 |
| 10. | Bildung einer Einigungsstelle gemäß § 67 Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen | VIII/678.1 |
| 11. | Entsendung eines Mitgliedes zum Lärmschutzbeirat am Verkehrslandeplatz Mönchengladbach | VIII/692 |
| 12. | Mitteilungen | |
| 13. | Anfragen von Ratsmitgliedern | |

III. Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Korschenbroich | VIII/669.1 |
| 2. | Mitteilungen | |
| 3. | Anfragen von Ratsmitgliedern | |

Anwesenheitsliste

22. Sitzung des Rates der Stadt Korschenbroich Donnerstag, 27. September 2012, 18:00 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Dick, Heinz Josef

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter

Birkmann, Heinz

Brieske, Reinhard

Erhart, Renate

Fonk, Petra

Heimanns, Hans Bert

Hülser, Marlene

Indenhuck, Hubert

Kauerz, Wolfgang

Lieser, Wolfgang

Opzalski, Raymond

Pfeifer, Harry Hermann

Roden, Erwin

Schöttke, Klaus-Peter

Siegers, Thomas

Tölchert, Udo

Türks, Hans Willi

Venten, Marc

Verheyden, Bert

Zimmermann, Frank

(ab 18:10 Uhr /während II/4)

SPD-Ratsfraktion

Afflerbach, Ulrich

Ibach, Dietmar

Jahny, Paul

Klancicar, Marcus

Neumann, Max

Richter, Albert

Romann, Barbara

Schüller, Harald

Ratsfraktion Die Aktive

Böhm, Eberhard

Drüll, Peter

Endell, Hanns-Lothar

Goebel, Jutta

Dr. Kalthoff, Heinrich

Külbs, Christian

Schmier, Rolf

FDP-Ratsfraktion

Dr. Brück, Helmut
Gruhl, Hermann-Joseph
Treptow, Britta
Westen , Raphael
Wolf-Kluthausen, Hanne

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Greiner-Petter, Matthias
Houben, Wolfgang
Lufen, Sabine
Wilbertz, Hannelore

ULLI

Makowiack, Bernd

Nicht anwesend

Heidemann, Andreas (CDU)
Krappa, Gerd (CDU)
Heck, Daniel (FDP)

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter
Fachbereichsleiter Onkelbach, Georg
Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus
Stadtoberinspektor Gorzelanczyk, Patrick
Verwaltungsangestellter Naus, Günter

Bürgermeister Heinz Josef Dick eröffnet die 22. Sitzung des Rates der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Rat der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird der Stadtoberinspektor Patrick Gorzelanczyk einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ratsmitglied Jutta Goebel einstimmig benannt.

**3. Perspektivische Entwicklung der weiterführenden Schulen
Errichtung einer Sekundarschule in der Stadt Korschenbroich zum SJ 2013/14**

Bürgermeister Heinz Josef Dick verweist auf die ausgeteilte Tischvorlage, VIII/611.4. Eine ausführliche Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt habe am vergangenen Dienstag, dem 25.09.2012 im Ausschuss für Bildung, Familie, Jugend und Sport stattgefunden.

Beschluss-Nr. VIII/611.4	Abstimmungsergebnis: 45 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Rat beschließt einstimmig auf Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Familie, Jugend und Sport vom 25.09.2012 gemäß § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 17 a Schulgesetz NRW die Errichtung einer Sekundarschule zum 01.08.2013 auf der Grundlage des von der Steuerungsgruppe entwickelten pädagogischen Konzeptes. Der Aufbau erfolgt schrittweise mit Bildung der Klassen 5 im Schuljahr 2013/2014.</p> <p>Der Unterricht erfolgt von Klasse 5 bis Klasse 10 in integrierter Form.</p> <p>Die Sekundarschule wird am Standort Dionysiusstr. 11, 41352 Korschenbroich dauerhaft errichtet.</p> <p>Die Aufnahmekapazität wird auf vier Züge festgesetzt.</p> <p>Die Sekundarschule wird im gebundenen Ganzttag geführt.</p>	

Die Sekundarschule wird den Namen „Städtische Sekundarschule Korschenbroich, Sekundarstufe I, Dionysiusstr. 11, 41352 Korschenbroich“ führen.

Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Städtische Realschule Korschenbroich, Dionysiusstr. 11, 41352 Korschenbroich, ab dem 01.08.2013 sukzessiv aufzulösen. Eingangsklassen werden ab dem Schuljahr 2013/2014 in dieser Schule nicht mehr gebildet. Die Städtische Realschule Korschenbroich wird solange sukzessiv auslaufen, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb aufrecht erhalten werden kann. Sollte die Sekundarschule Korschenbroich im Rahmen des Anmeldeverfahrens im Februar 2013 die erforderliche Mindestschülerzahl nicht erreichen, bleibt die Städtische Realschule Korschenbroich wie bisher bestehen und nimmt am Aufnahmeverfahren der weiterführenden Schule für das Schuljahr 2013/2014 teil.

Ebenso beschließt der Rat gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Gemeinschaftshauptschule Korschenbroich, Von-Stauffenberg-Str. 47, 41352 Korschenbroich, ab dem 01.08.2013 sukzessiv aufzulösen. Eingangsklassen werden ab dem Schuljahr 2013/2014 in dieser Schule nicht mehr gebildet. Die Gemeinschaftshauptschule Korschenbroich wird solange sukzessiv auslaufen, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb aufrecht erhalten werden kann. Sollte die Sekundarschule Korschenbroich im Rahmen des Anmeldeverfahrens im Februar 2013 die erforderliche Mindestschülerzahl nicht erreichen, bleibt die Gemeinschaftshauptschule Korschenbroich wie bisher bestehen und nimmt am Aufnahmeverfahren der weiterführenden Schule für das Schuljahr 2013/2014 teil.

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend bis spätestens zum 30.11.2012 den Antrag auf Errichtung einer Sekundarschule über die Bezirksregierung Düsseldorf beim Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW zu stellen.

4. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 11.09.2012 auf Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gem. § 81 Abs. 4 GO NRW und Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag

Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) geht auf den Antrag seiner Ratsfraktion zum Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gemäß § 81 Abs. 4 GO NRW vom 11.09.2011 ein. Eine Haushaltssperre sei keine schöne Sache und tue Verwaltung und Politik weh. Seine Fraktion sehe aber keinen anderen Weg, um die anwachsende Verschuldung zu begrenzen. Aus der vorliegenden Sitzungsvorlage der Verwaltung sei zu entnehmen, dass die Verwaltung nichts vom Erlass einer Haushaltssperre halte. In NRW und anderen Bundesländern sei der Erlass einer solchen Haushaltssperre üblich. Auch in Willich sei eine Haushaltssperre vom Kämmerer erlassen worden. Eine derartige vom Kämmerer erlassene Haushaltssperre sei für die Verwaltung besser zu handhaben. Der Kämmerer habe sich jedoch gegen den Erlass einer Haushaltssperre entschieden. Seine Fraktion sei offen für Sparvorschläge anderer Ratsfraktionen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein. Man habe versucht, die Auswirkungen einer Haushaltssperre wie von der Ratsfraktion Die Aktive beantragt darzustellen. Bei der von der Ratsfraktion Die Aktive beantragten sehr weitreichenden Haushaltssperre seien auch die Zuschüsse an Vereine betroffen, welche noch nicht ausgezahlt worden seien. Ausnahmetatbestände gebe es nur bei Maßnahmen die der Gefahrenabwehr dienen. Viele weitere Investitionen im Bereich der Straßenunterhaltung oder Daseinsvorsorge könnten so in diesem Jahr nicht mehr angesprochen werden. Er betont, dass das Haushaltsjahr weit fortgeschritten sei. Bezogen auf die Stadt

Willich teilt er mit, dass hier die Haushaltssperre im Juni verhängt worden sei. Zudem habe sich die Stadt Willich in den vergangenen Jahren nicht in der Haushaltssicherung befunden. Die Stadt Korschenbroich hingegen befinde sich seit Jahren in der Haushaltssicherung und habe bereits große Sparbemühungen unternommen. Er unterstreicht, dass bei einer Haushaltssperre zum jetzigen Zeitpunkt die Haushaltsplanung zu Beginn des Jahres kontaktiert werde.

Das Ratsmitglied Albert Richter verteilt einen Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion. Dieser Änderungsantrag ist als Anlage 1 und wesentlicher Bestandteil dieser Niederschrift beige-fügt. Das Ratsmitglied Albert Richter geht auf den ausgeteilten Antrag seiner Fraktion ein. Die SPD-Ratsfraktion habe in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, in welcher der Antrag der Ratsfraktion Die Aktive zum Erlass einer Haushaltssperre eingebracht wurde, eine Vertagung in die heutige Ratssitzung beantragt. Er dankt der Verwaltung für die Aufberei-tung. Bei dem vorliegenden Antrag der SPD-Ratsfraktion habe man die Systematik der Sit-zungsvorlage der Verwaltung beibehalten. Den Bereich der freiwilligen Leistungen habe man bei der Betrachtung ausgeklammert. Man müsse aber zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund des erheblichen Gewerbesteuerbruchs ein Signal setzen. Daher müssten bestimmte Investiti-onen mit einer Haushaltssperre belegt werden. Aus der von der Verwaltung vorgelegten In-vestitionsliste habe man alle Investitionen mit einer Einzelsumme von über 2.000,00 € über-nommen. Zudem habe man bereits begonnene Maßnahmen nicht in die Liste der Haushalts-sperre aufgenommen. Um Schwierigkeiten bei der Umsetzung und unnötigen Verwaltungs-aufwand zu vermeiden betont er, dass die zu sperrenden Maßnahmen gemäß der vorgeleg-ten Tabelle, die bis zum 27.09.2012 (Tag der heutigen Ratssitzung) verbindlich durch die Verwaltung bzw. durch einen Ausschuss beauftragt sind, weiterhin durchgeführt werden können. Alle weiteren gesperrten Maßnahmen können auf Antragempfehlung der Verwaltung nur durch Beschluss im Hauptausschuss oder Rat freigegeben werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt fest, dass zwei Anträge zu diesem Tagesordnungs-punkt vorliegen. Der vorliegende Antrag der SPD-Ratsfraktion weise ein Einsparvolumen von 430.000,00 € aus. Er betont, dass die der Sitzungsvorlage beige-fügte Investitionsliste ein Auszug aus der Finanzbuchhaltung sei. Einige der aufgeführten Investitionen des SPD-Antrages könnten auch durch den Erlass einer Haushaltssperre nicht ins nächste Haushalts-jahr geschoben werden. So sei beispielsweise das aufgeführte Fahrzeug heute zugelassen worden. Er betont, dass es einen zeitlichen Verzug zwischen Bestellung oder Auftragsverga-be und Zahlung gebe. Zudem weist er darauf hin, dass es auch Positionen gebe, welche ohnehin in diesem Jahr nicht realisiert werden können. Hierunter falle beispielsweise auch die größte Position mit dem Neubau des Kleinspielfeldes im Ortsteil Kleinenbroich. Dieses werde im Haushaltsjahr 2012 nicht realisiert. Aufgrund des geringen tatsächlichen Einspar-volumens halte er den vorliegenden Antrag für Symbolpolitik. Er und Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze halten den Erlass einer solchen Haushaltssperre für nicht zielführend. Im Zweifel müsse bei einzelnen Entscheidungen der Rat zusammengerufen werden um Mittel freizugeben.

Das Ratsmitglied Marc Venten (CDU) unterstreicht, dass sich alle Ratsfraktionen darin einig seien, alle Einsparpotentiale zu heben. Dieses Ziel werde seit Jahren verfolgt. Der Antrag der Ratsfraktion Die Aktive fordere eine äußerst weitgehende Haushaltssperre. Wie aus der Sitzungsvorlage zu entnehmen sei, sehe die Verwaltung beim Erlass einer solchen Haus-haltssperre Probleme. Die von Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) angesproche-ne Haushaltssperre der Stadt Willich, sei vom Kämmerer erlassen wurden. In diesem Fall entscheide der Kämmerer über die Notwendigkeit von Ausgaben. Bei der von der Ratsfrakti-on Die Aktive geforderten Haushaltssperre müsse der Rat über einzelne Ausgaben ent-scheiden. Diese nach der Gemeindeordnung vorgesehene Haushaltssperre durch den Stadt-rat werde äußerst selten verhängt und sei aus seiner Sicht nicht praktikabel. Bezogen auf den zweiten Antrag der SPD-Ratsfraktion sieht auch er kein großes zusätzliches entstehen-

des Einsparpotenzial. Einige Punkte seien bereits verausgabt, andere Investitionen würden ohnehin in diesem Jahr nicht getätigt. Die restlichen Investitionen würden nur ins nächste Jahr verschoben werden. Er könne keine echte Einsparung beim Erlass einer Haushaltssperre erkennen. Daher werde seine Fraktion beiden Anträge nicht zustimmen.

Das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) führt aus, dass eine derartige Haushaltssperre vor allem aus monetärer Sicht Sinn machen müsse. Einzelne Positionen herauszusuchen und nur diese zu sperren empfinde sie als ungerecht. Die vorgelegte Liste der Investitionen für das Haushaltsjahr 2012 der Verwaltung zeige auf, dass noch über 5,2 Mio. € verfügbar seien. Ihre Fraktion sei daher für den Erlass einer Haushaltssperre.

Das Ratsmitglied Ulrich Afflerbach (SPD) kann die Haltung der CDU-Ratsfraktion nicht nachvollziehen. Mit dem Erlass einer Haushaltssperre könne man ein Signal setzen. Alle verschobenen Investitionen müssen bei den Haushaltsberatungen des kommenden Jahres überprüft werden.

Das Ratsmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) hält es vor allem für falsch nichts zu tun. Man müsse aufgrund dieses dramatischen Einbruchs im Bereich der Gewerbesteuer ein Zeichen setzen. Aus seiner Sicht seien beide vorliegenden Anträge zustimmungsfähig. Man müsse im Rahmen der Abstimmung sehen, welcher Antrag auch mehrheitsfähig sei. Er betont, dass auch beim reinen Verschieben einer Investition positive Effekte für den städtischen Haushalt in Form von Einsparungen im Bereich der Zinsaufwendungen auftreten würden. Alle Sparbemühungen seien wichtig und richtig. Nicht alle Aufgaben die man nun verschiebt, müssten zwingend durchgeführt werden. Hier verweist er beispielhaft auf die Software Lizenzen MS-Office, welche aus seiner Sicht komplett eingespart werden könnten, weil es auf dem Markt frei verfügbare kostenlose Software gäbe.

Hierzu führt der Beigeordnete Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze aus, dass man diesem Punkt bereits geprüft habe und es grundsätzlich die Möglichkeit einer anderen kostenfreien Software gebe. Es gebe jedoch hier Probleme bei der Anbindung zu bestimmten Fachverfahren wie beispielsweise PV-Rat, da diese Fachverfahren auf MS-Office-Basis laufen.

Das Ratsmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) kann dieses Argument nicht nachvollziehen. Sofern es Abhängigkeiten bei bestimmten Fachverfahren gäbe, müsse man diese Fachverfahren wechseln. Es gäbe auf dem Markt genügend Alternativen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt hierzu aus, dass eine Stadt Korschenbroich im Bereich der Fachverfahren nicht nur Insellösungen durchführen könne, sondern sich auch anderen Städten im Bereich der ITK orientieren müsse. Bezogen auf die Ratsinformationssoftware teilt er mit, dass der elektronische Versand von Sitzungsunterlagen gerade erst ermöglicht wurde. Daher sei der Wechsel eines solchen Fachverfahrens nicht ohne weiteres möglich. Bezogen auf die Software Lizenzen MS-Office teilt er mit, dass die Lizenzen aus Haushaltsresten angeschafft worden seien. Die vom Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen vorgebrachten Einsparungen in Höhe von 5 Mio. € könne er absolut nicht nachvollziehen. Er betont, dass bei der vorliegenden Investitionsliste auch Maßnahmen wie das Gebäude A enthalten seien, bei dem die Arbeiten bereits begonnen haben. Einsparungen in dieser Größenordnung seien daher in jedem Fall nicht möglich. Bei der Baumaßnahme Gebäude A würden aktuell die Rohbaumaßnahmen laufen. Vom Ablauf her sei es so, dass diese Maßnahme zunächst ausgeschrieben wird und dann ein entsprechender Auftrag an ein Fachunternehmen vergeben wird. Dieses nimmt die Arbeiten auf und erhält die Zahlungen dann über Abschlagsrechnungen durch die Verwaltung. Erst dann wird die Zahlung in der Liste der Finanzbuchhaltung sichtbar. Über den Erlass einer Haushaltssperre könnten solche verpflichtenden Zahlungen an bereits beauftragte Unternehmen nicht geschoben werden.

Das Ratsmitglied Peter Berger (CDU) bezieht sich auf die vorliegende Liste der Investitionen des Antrags der SPD-Ratsfraktion. Er bittet die Verwaltung kurz darzustellen, welche der aufgeführten Investitionen beim Erlass einer Haushaltssperre tatsächlich zu Einsparungen führen könnten. Nur dann könne man wissen worüber man abstimmt.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) betont, dass man sich bei der Erstellung des Antrages auf die vorgelegte Liste der Investitionen der Verwaltung verlassen habe. Er könne verstehen, dass zwischen dem Aufstellen der Liste und dem heutigen Sitzungstag aufgrund von Verwaltungshandeln Mittel verausgabt worden seien. Nicht nachzuvollziehen sei für ihn, dass offensichtlich bei der Erstellung der Investitionsliste bereits bei einigen Punkten bekannt gewesen sei, dass bereits Aufträge erteilt worden seien oder das Mittel in diesem Jahr nicht mehr verausgabt werden können. Dennoch betont er, dass der vorliegende Antrag seiner Fraktion eine Klausel beinhalte, wonach Maßnahmen die bis zum heutigen Tage verbindlich von Verwaltung bzw. durch einen Ausschuss beauftragt wurden, weiterhin durchgeführt werden können. Zudem gäbe es die Möglichkeit, über einen Beschluss des Rates oder Hauptausschusses weitere Mittel freizugeben.

Das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) geht auf die vorliegende Liste der Verwaltung zum Stand der Investitionen 2012 ein. Demnach seien noch 5,2 Mio. € verfügbar. Dies sei für sie die Grundlage der Entscheidung.

Bürgermeister Heinz Josef Dick betont, dass unter der Liste die Einschränkung stehe. Die angegebenen Werte seien direkt aus der Finanzbuchhaltung exportiert worden und unter dem Vorbehalt zu sehen, dass bei einigen Investitionen bereits erteilte Aufträge noch nicht oder nur teilweise abgerechnet worden seien. Im Rahmen der flexiblen Haushaltsbewirtschaftung bestehe die Möglichkeit innerhalb von Ämtern- oder Fachbereichsbudget Mehrauszahlungen bei einer Investition durch weniger Auszahlungen bei einer anderen Investition zu decken (bis 20.000,00 €).

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze betont, dass die vorgelegte Liste zum Stand der Investitionen 2012 richtig sei. Es sei ein stichtagbezogener Auszug der Finanzbuchhaltung. Viele der aufgeführten Maßnahmen seien bereits begonnen oder Aufträge seien erteilt. Dies sei aber über die Finanzbuchhaltung nicht darzustellen. Das Beispiel des A-Gebäudes habe Bürgermeister Heinz Josef Dick bereits ausgeführt. Auch die noch verfügbaren Mittel für den Ausbau des Arndtplatzes und der Arndtstraße könnten nicht einfach gesperrt werden. Die Baumaßnahme sei abgeschlossen und sobald die Schlussrechnungen vorliegen, würden die Mittel angewiesen. Hier sei es aufgrund der Insolvenz des ausführenden Tiefbauunternehmens zu einer Verzögerung gekommen. Die vorliegende Liste der Investitionen zeige auch, dass die Auswahl der zu sperrenden Investitionen zum jetzigen Zeitpunkt zufällig sei. Man treffe nun zum Teil die Investitionen die bewusst in die zweite Jahreshälfte geschoben worden seien.

Das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) will ein konkret benanntes Einsparvolumen. Die vorgelegten Zahlen seien für sie keine Entscheidungsgrundlage.

Bürgermeister Heinz Josef Dick betont, dass aufgrund des weit fortgeschrittenen Haushaltsjahres und der vielen beteiligten Fachämter ein Einsparpotential durch den Erlass einer Haushaltssperre schwer aufzeigbar ist. Die Liste der SPD-Ratsfraktion zeige in etwa das mögliche Einsparpotenzial.

Das Ratsmitglied Peter Drüll (Die Aktive) stellt fest, dass man anhand der heutigen Diskussion sehen könne, wie schwer es ist zu sparen. Er vermisse eine klare Linie und Vorschläge der Verwaltung zum sparen. Es sei richtig nicht weiter bei Vereinszuschüssen zu sparen. Man müsse aus seiner Sicht jedoch an das Tafelsilber der Stadt Korschenbroich herangehen. Gemeinsam müssten Politik und Verwaltung einen Mittelweg finden. Hierzu werde die qualitative Hilfe der Verwaltung benötigt.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze betont erneut, dass sich die Stadt Korschenbroich seit Jahren in der Haushaltssicherung befinde. Er sieht vor allem ein Einnahmeproblem. Sollten sich die Einbrüche bei den Einnahmen wie beispielsweise im aktuellen Haushaltsjahr bei der Gewerbesteuer verstetigen, sehe er große Probleme. Das von Ratsmitglied Peter Drüll angesprochene Tafelsilber sei bereits angegangen. So habe man beispielsweise zahlreiche Grundstücke und Liegenschaften in den vergangenen Jahren veräußert oder Spielplätze umgewidmet, um Bauland zu generieren.

Das Ratsmitglied Marc Venten (CDU) hebt hervor, dass sich die Stadt Korschenbroich gemeinsam mit der Gemeinde Jüchen am unteren Ende der Pro-Kopf-Ausgaben im Rhein-Kreis Neuss befinde. Die vorgelegte Liste der SPD-Ratsfraktion schmelze, wenn man die bereits beauftragten Investitionen sowie die ohnehin in diesem Jahr nicht mehr möglichen Investitionen abziehe. Daher sei dies nur ein Symbol. Er betont dass man mittelfristig planen müsse und daher eine reine Verschiebung von Maßnahmen ins nächste Jahr keine echte Einsparung bedeute.

Das Ratsmitglied Barbara Romann (SPD) kann dies nicht nachvollziehen. Ohne eine Sperrung der Mittel in diesem Haushaltsjahr sei gar keine Einsparung möglich. Sofern man die Investitionen mit einer Haushaltssperre belege, könne man im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 ernsthaft überprüfen, ob die Investitionen weiterhin notwendig seien. Auch sie betont, dass man ein Zeichen setzen müsse.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach geht auf die seinen Fachbereich betreffenden Investitionen ein. Wie bereits vom Beigeordneten Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze ausgeführt, könne im Bereich des Arndtplatzes sowie der Arndtstraße eine Einsparung nur generiert werden, wenn die Schlussrechnung nicht eingeht. Sobald die Schlussrechnung jedoch eingeht, müsse sie umgehend angewiesen werden. Die Planung für das Feuerwehrgerätehaus in Glehn sei ebenfalls bereits beauftragt. Für die Gehweganlage in Scherfhausen gebe es die Möglichkeit, die Maßnahme weiter zu verschieben. Er weist jedoch darauf hin, dass die Maßnahme bereits verschoben worden sei. Bezogen auf die aufgeführte Software für das Straßenkataster weist er darauf hin, dass dies eng mit der Position zur Erfassung des Straßenkatasters verbunden sei. Hier müsse zunächst die Abrechnung abgewartet werden. Die Software sei jedoch notwendig, um die gesammelten Daten zu verwerten.

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack (ULLI) sieht eine schlechte Zukunftsperspektive. Sparen sei gut und wichtig, jedoch nur zu einem gewissen Punkt. Der Einbruch im Bereich der Gewerbesteuer sei stark. Er sieht jedoch die Möglichkeit des Ausgleichs durch die Mittel aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen.

Das Ratsmitglied Marc Venten (CDU) kann die Liste der SPD-Ratsfraktion zur Haushaltssperre einzelner Maßnahmen nicht ganz nachvollziehen. Seiner Ansicht nach fehlten einige in der Liste der Verwaltung aufgeführte Investitionen ohne nähere Erläuterung.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) teilt mit, dass zunächst alle Investitionen unter 2.000,00 € rausgefiltert worden seien. Einige Investitionen wie beispielsweise im Bereich der OGATA's seien nicht aufgeführt, weil die Politik hier wisse, dass die Maßnahmen bereits laufen. Er betont noch einmal, dass der vorgelegte Beschlussvorschlag seiner Ratsfraktion der Verwaltung auch weiteres Handeln ermöglicht, sofern bereits Aufträge vergeben worden seien.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt fest, dass zwei Anträge vorgelegt wurden. Er lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 11.09.2012 auf Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gem. § 81 Abs. 4 GO NRW abstimmen.

Beschluss-Nr. VIII/693.1	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 29 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
---------------------------------	--

Der Rat der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 11.09.2012 auf Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gem. § 81 Abs. 4 GO NRW bei Ja-Stimmen von Die Aktive, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von CDU, SPD, Bürgermeister und Herrn Makowiack und einer Stimmenthaltung von SPD ab.

Beschluss-Nr. VIII/693.2	Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür 21 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
---------------------------------	--

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt mit den Stimmen von SPD, Die Aktive, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und Bürgermeister bei jeweils einer Enthaltung von Die Linke und Herrn Makowiack eine grundsätzliche haushaltsrechtliche Sperre auf den beigefügten Teil der Investitionen 2012 (gem. Liste der Verwaltung vom 18.09.2012) deren Betrag noch voll verfügbar ist und deren Einzelsumme den Betrag von 2.000,- Euro übersteigt. Eine Ausgabensperre wird auf folgende Positionen gelegt:

Nr.	Beschreibung	Betrag
I11GWG	GWG Sammler	4.660,28
INV10.001	Beschaffung Hardware über 410Euro	2.000,00
INV10.012	Fahrzeugbeschaffung	16.000,00
INV10.023	Software Lizenzen MS-Office	23.421,50
INV10.029	Software Lizenzen Infoma Gebühren und Barkasse	4.300,00
INV10.031	Software Lizenzen Infoma Gebäudemanagement	18.000,00
INV10.032	Software Lizenz Straßenkataster	53.000,00
INV10.035	Zeiterfassungs-Terminal	3.000,00
INV32.014	Spezial-Waschmaschine	18.146,96
INV32.015	2 Multi Messgeräte für Gasförmige Stoffe	2.400,00
INV32.016	Feuerwehrspinde	9.000,00
INV32.018	Notalarmgeber Alarmierungszentrale	2.839,34
INV40.023	Sportgeräte Sportfreianlagen	2.400,00
INV40.024	Sportgeräte für Sportanlagen	4.000,00
INV40.030	Neubau Kleinspielfeld	150.000,00
INV40.041	Software Hauptschule	2.000,00
INV40.042	Software Realschule	2.500,00
INV60.001	Geräte für Bauunterhaltung	3.000,00
INV60.024	Baumassnahme Feuerwehrgerätehaus Glehn	19.064,80
INV66.012	Ausbau Arndtstraße	20.000,00
INV66.013	Ausbau Arndtplatz	30.302,33
INV66.019	Gehweganlage Scherfhausen K\$	41.800,50
Gesamt		431.835,71

Um Schwierigkeiten bei der Umsetzung und unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden wird festgehalten, dass die zu sperrenden Maßnahmen gem. o. g. Tabelle, die bis zum 27.09.2012 (Tag der heutigen Ratssitzung) verbindlich durch Verwaltung bzw. durch einen Ausschuss beauftragt sind, weiterhin durchgeführt werden können.

Alle weiteren gesperrten Maßnahmen können – auf Antrag/Empfehlung der Verwaltung – nur durch Beschluss im Hauptausschuss/Rat freigegeben werden.

**5. Entwurf der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2012 – Einbringung im Wege der Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW
hier: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung**

Bei der Beratung und Beschlussfassung bei diesem Tagesordnungspunkt ist das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) nicht anwesend.

Beschluss-Nr. VIII/672.1	Abstimmungsergebnis: 45 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Rat der Stadt Korschenbroich genehmigt die in der Hauptausschusssitzung vom 11.09.2012 beschlossene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW betreffend die Einbringung der 1. Nachtragssatzung der Stadt Korschenbroich zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen einschließlich Haushaltssanierungsplan.	

6. Beschlussfassung über die 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen einschließlich dem Haushaltssanierungsplan

Bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt ist das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) nicht anwesend.

Beschluss-Nr. VIII/673.1	Abstimmungsergebnis: 40 Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
a) Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt aufgrund des § 81 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV.NRW S. 685) mit den Stimmen von CDU, SPD, Die Aktive, Bündnis 90/ Die Grünen, Herrn Makowiack und dem Bürgermeister gegen die Stimmen der FDP, die 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2012.	
b) Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt mit den Stimmen von CDU, SPD, Die Aktive, Bündnis 90/ Die Grünen, Herrn Makowiack und dem Bürgermeister gegen die Stimmen der FDP den Haushaltssanierungsplan 2012 für die Jahre 2012 – 2021 unter Berücksichtigung folgender Änderung gegenüber der Entwurfsfassung zu beschließen: Die auf der Seite 6 in der Haushaltsprojektion ausgewiesene Konsolidierungshilfe für das Jahr 2019 wird um 8.000,00 € auf 1.194.385, € angehoben. Im Gegenzug erfolgt eine Reduzierung der Konsolidierungshilfe für das Jahr 2020 in Höhe von ebenfalls 8.000,00 € auf 591.859,00 €.	

7. Finanzierung zur vorzeitigen Beschaffung einer gebrauchten Krafftdrehleiter DLK 23/12 für die Freiwillige Feuerwehr

Beschluss-Nr. VIII/677.1	Abstimmungsergebnis: 39 Stimmen dafür 7 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Rat der Stadt Korschenbroich genehmigt mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Bürgermeister und Herrn Makowiack gegen die Stimmen von Die Aktive gemäß § 60 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW die in der Hauptausschusssitzung vom 11.9.2012 beschlossene Dringlichkeitsentscheidung, zur Finanzierung einer vorzeitigen Beschaffung einer gebrauchten Krafftdrehleiter DLK 23/12 im Wege der außerplanmäßigen Ausgabe nach § 83 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW Mittel in Höhe von 390.000,- € bereitzustellen.	

8. Aufhebung der Haushaltssperre für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Glehn

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) bezieht sich auf den bisherigen Beratungsverlauf dieser Sitzungsvorlage. Seine Fraktion habe der Aufhebung der Haushaltssperre im Bauausschuss zugestimmt. Dann jedoch sei der heftige Einbruch im Bereich der Gewerbesteuer bekannt geworden. In der heutigen Sitzung habe man zahlreiche Investitionen gesperrt. Man könne nun der Aufhebung der Haushaltssperre für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Glehn nicht mehr zustimmen. Die Thematik müsse im Zuge der Haushaltsberatungen 2013 thematisiert werden.

Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) teilt mit, dass die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Glehn aus Sicht seiner Fraktion aktuell nicht zwingend notwendig sei. Seine Fraktion werde daher gegen die Aufhebung der Haushaltssperre stimmen.

Auch das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) sieht für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Glehn keine besondere Dringlichkeit, so dass ihre Fraktion gegen die Aufhebung der Haushaltssperre stimmen werde.

Das Ratsmitglied Marc Venten (CDU) teilt für seine Fraktion mit, dass man der Aufhebung der Haushaltssperre weiterhin zustimmen werde. Die vorgeschlagene Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Glehn entspreche dem von allen Fraktionen beschlossenen Brandschutzbedarfsplan. Wer nun gegen die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses stimme, müsse einen Vorschlag unterbreiten, wie der Brandschutzbedarfsplan angepasst werden solle.

Beschluss-Nr. VIII/671	Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen dafür 24 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Rat der Stadt Korschenbroich lehnt die Aufhebung der bestehenden Haushaltssperre bei der Investitions-Nr. I106000006 Baumaßnahme Feuerwehrgerätehaus Glehn mit den Stimmen von SPD, Die Aktive, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Ja-Stimmen von CDU und Bürgermeister und zwei Enthaltungen von Herrn Makowiack und der CDU ab.	

9. Bestellung eines Wehrführers für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Korschenbroich

Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) bezieht sich auf das beigefügte Schreiben des Kreisbrandmeisters. Dort sei aufgeführt, dass die gesundheitliche Eignung durch den Feuerschutzträger in eigener Zuständigkeit zu prüfen sei. Er fragt nach wie dies nachgewiesen werde.

Das Ratsmitglied Peter Drüll (Die Aktive) ergänzt, dass er sehr bedauere, dass diese Diskussion nicht im nichtöffentlichen Teil geführt werde. Er könne der Sitzungsvorlage ohne Kenntnis über den Nachweis der gesundheitlichen Eignung nicht zustimmen.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) kann die von der Ratsfraktion Die Aktive losgestoßene Diskussion absolut nicht nachvollziehen. Die Wehrführung der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Korschenbroich leiste seit 6 Jahren hervorragende Arbeit und habe ein Dankeschön verdient. Seine Fraktion stelle sich voll hinter die Entscheidung der freiwilligen Feuerwehr. Diese könne am Besten beurteilen, wer die Wehr in Korschenbroich führen solle.

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack schließt sich den Ausführungen des Ratsmitgliedes Albert Richter (SPD) an. Aufgrund der Einlassungen der Ratsfraktion Die Aktive hält er eine Diskussion im nichtöffentlichen Teil für geboten.

Bürgermeister Heinz Josef Dick findet die losgestoßene Diskussion dreist. Die Stadt Korschenbroich könne überaus froh sein eine solch funktionierende freiwillige Feuerwehr zu haben. Insbesondere die Wehrführung leiste hervorragende Arbeit. Die Thematik werde aus Gründen der Transparenz im öffentlichen Teil dieser Sitzung beraten.

Das Ratsmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) kann die Diskussion ebenfalls überhaupt nicht nachvollziehen. Man könne diese Thematik auch nicht einfach in den nichtöffentlichen Teil schieben. Man erwarte von der Feuerwehr der Stadt Korschenbroich auch Verständnis für Sparmaßnahmen wie sie beispielsweise auch in der heutigen Sitzung des Rates beschlossen worden seien. Im Gegenzug müsse man der Feuerwehr auch klar zeigen, dass man hinter ihr stehe.

Das Ratsmitglied Peter Drüll (Die Aktive) betont, dass es nicht um eine Diskussion über die Person gehe. Vielmehr schreibe der Kreisbrandmeister von einer notwendigen Prüfung der gesundheitlichen Eignung. Er möchte geklärt haben, ob und wie diese geprüft worden sei.

Bürgermeister Heinz Josef Dick bezieht sich auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Neben dem Schreiben des Kreisbrandmeisters wurde eine Verwaltungsvorlage erstellt. Dieser Verwaltungsvorlage ist auf Seite 2 zu entnehmen, dass die gesundheitliche Eignung zur Feuerwehrdiensttauglichkeit nachgewiesen wurde. Die Diskussion könne er daher in keinem Fall nachvollziehen.

Das Ratsmitglied Reinhard Brieske (CDU) stellt für die CDU-Ratsfraktion gemäß § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Korschenbroich den Antrag auf Schluss der Aussprache.

Bürgermeister Heinz Josef Dick lässt in der Folge auf diesen Antrag abstimmen.

Bei der Beschlussfassung über den Antrag auf Schluss der Aussprache ist das Ratsmitglied Rolf Schmier nicht anwesend.

12. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

13. Anfragen

Es liegen keine Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.